

INITIATIVE EXPRESS

INSM-Bildungsmonitor 2007 sorgt für gute Nachrichten:

Bessere Noten für die Bildung in ganz Deutschland – Sachsen Klassenprimus

Köln/Berlin – Insgesamt ist die Qualität der Bildungssysteme quer durch Deutschland in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Das ist die erste – entscheidende – Botschaft des aktuellen Bildungsmonitors 2007. INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer sowie Dr. Hans-Peter Klös und Oliver Stettes vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) stellten die Studie am 21. August in Berlin vor. In den letzten Jahren haben Deutschlands Bildungssysteme einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess erlebt. Jedenfalls ist das Durchschnittsergebnis aller Bundesländer im Vergleich zum Bildungsmonitor 2004 um 9,5 Punkte auf einen aktuellen Gesamtstand von 58,8 Punkten gestiegen.

Verbessert haben sich nach Feststellung der von der INSM beauftragten Wissenschaftler folgende Bereiche:

- Das Personal in Kindertageseinrichtungen ist professioneller geworden.
- Der Fremdsprachenunterricht an Grund- und Berufsschulen wurde stark ausgebaut.
- Pro Grundschüler gibt der Staat mehr aus als früher.
- Es gibt mehr Ganztagsunterricht an Grund- und weiterführenden Schulen.
- Frühpensionierungen unter Lehrern haben abgenommen. >



Editorial

Gut bleibt nur, wer ständig besser wird.

„Niemand darf sich auf seinen Erfolgen ausruhen. Sonst kann man dauerhaft nicht erfolgreich sein.“ Diese Sätze stammen von Weltklasse-Kanutin Birgit Fischer. Erstmals fuhr sie 1980 Olympiagold ein und paddelte mit 42 Jahren bei den Sommerspielen in Athen 2004 erneut auf Platz 1. Birgit Fischer hält sich seit Jahrzehnten in der Weltspitze, weil sie konsequent an sich arbeitet. In einer Anzeige der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft warb sie jüngst für dieses Erfolgsrezept der „kontinuierlichen Verbesserung“, das auch in der Industrie weithin praktiziert wird. Der Erfolg ist schnell weg, wenn man nicht stetig am Ball bleibt. Oder, wie es Handballweltmeister Heiner Brand, ebenfalls in einer INSM-Anzeige, ausdrückt: „Wer Erfolg will, muss Reformen anschieben.“

Der Aufschwung, den die deutsche Wirtschaft derzeit erlebt, ist ein Erfolg, über den wir uns freuen sollten. Er ist der Lohn für die Mühen der letzten Jahre. In einer aktuellen Studie für unsere Initiative stellt das IW Köln die Hauptgründe für den Aufschwung dar: Den Hauptanteil haben der boomende Welthandel, die erfolgreich restruk-

turierten Unternehmen und die Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer. Ein Drittel des Aufschwungs geht allerdings auf das Konto der Politik – der Arbeitsmarkt-, Steuer- und Sozialreformen seit 2003.

Die INSM hat sich an der Reformdiskussion von Anfang an beteiligt und mit vielen Studien darauf hingewiesen, wo die Probleme liegen und wie sie angepackt werden können. Mit unseren Rankings versuchen wir, den Fortschritt bei den Reformen zu dokumentieren. Der PISA-Schock machte 2002 die gewaltigen Reformdefizite im deutschen Bildungswesen deutlich. Mit dem Bildungsmonitor belegt die INSM, dass sich unser Bildungssystem seit einiger Zeit in ganzer Breite zum Besseren verändert. Wir haben den Eindruck, dass die Länder diesen gesunden Wettbewerb ernst nehmen und sich kontinuierlich verbessern wollen. Damit sind sie auf dem richtigen Weg – denn gut bleibt nur, wer ständig besser wird.

Max A. Höfer

Dieter Rath

INITIATIVE EXPRESS



Stellten den Bildungsmonitor in Berlin vor: Dr. Hans-Peter Klös, IW Köln, INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer und Dr. Oliver Stettes.

- Es gibt mehr Hochschulabsolventen. Dabei steigt der Anteil der Bachelor-Studiengänge.
- Deutsche Hochschulen sind für Studierende aus dem Ausland attraktiver geworden.
- Zudem gibt es mehr Kooperationen deutscher Unis mit Hochschulen im Ausland.

INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer freut sich: „In kaum einem anderen Bereich wurde in den vergangenen Jahren so viel modernisiert wie in der Bildung.“

Klassenprimus im aktuellen bildungsökonomischen Vergleich der Bundesländer ist Sachsen – gefolgt von Baden-Württemberg und Thüringen. Sachsen und Thüringen „bilden besonders viele Fachkräfte im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich aus und werden damit zur Kadenschmiede für Ingenieure und Nachwuchsforscher“, wie die Leipziger Volkszeitung in einem Bericht über den aktuellen „Bildungsmonitor“ schreibt.

Alle Platzierungen:

1. Sachsen
2. Baden-Württemberg
3. Thüringen
4. Bayern
5. Saarland
6. Niedersachsen
7. Berlin
8. Hamburg
9. Rheinland-Pfalz
10. Hessen
11. Schleswig-Holstein
12. Brandenburg
13. Bremen
14. Sachsen-Anhalt
15. Nordrhein-Westfalen
16. Mecklenburg-Vorpommern



Alle Detailergebnisse des vierten Bildungsmonitors der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) finden Sie auf www.insm-bildungsmonitor.de.

INSM-Bildungsmonitor – Reaktionen:

Freude und Kummer bei den Kultuspolitikern

Kultuspolitiker aller Bundesländer nahmen Stellung zum Bildungsmonitor, bundesweit berichteten Zeitungen über die INSM-Studie.

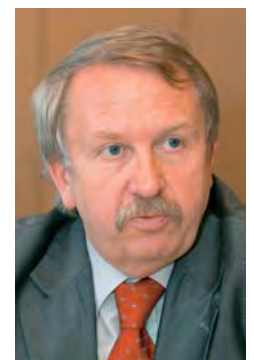


Freut sich für Sachsen:
Steffen Flath

„Wir können zufrieden sein, sollten aber nicht in Euphorie ausbrechen.“ So kommentierte Sachsens Kultusminister Steffen Flath den Spitzenplatz des Freistaates.

Auch Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, äußerte sich zum Bildungsmonitor 2007: „Sachsen ist das Land der Ingenieure“, erklärte die frühere Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Aus der Studie gehe unter anderem hervor, dass Sachsen im Vergleich zu den anderen Bundesländern gerade bei den Absolventen der mathematisch-natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächer Spitze sei.

Baden-Württembergs Kultusminister Helmut Rau verwies auf „unsere hohen Investitionen in Bildung“. Diese sorgten dafür, „dass weniger Jugendliche durch den Rost fallen als anderswo“. Die Zahl der Schulabbrecher sei im Südwesten am niedrigsten. Dass sein Bundesland Bayern seit dem letzten Bildungsmonitor überholen hätte können, stelle „die Dynamik der Schulentwicklung in unserem Land unter Beweis“, so Rau. Rau bekannte sich zu „jeder Form des Leistungsvergleichs“ und nahm den bildungsökonomischen Ländervergleich der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) zum Anlass, sich „gegen eine Vereinheitlichung der Bildungspolitik“ auszusprechen, „weil diese zur Anpassung nach unten führen würde“.



Gegen Einheitsbildung:
Helmut Rau

„Nach den schlechten Ergebnissen beim PISA-Test sieht die Studie Bildungsmonitor 2007 erstmals eine klare Trendwende in der Bildung“, schreibt die Neue Osnabrücker Zeitung und freut >

INITIATIVE EXPRESS

sich: „Niedersachsen ist der Spitzengruppe aus Süddeutschland auf den Fersen.“



„Kein Anlass zum Übermut“: Jürgen Zöllner

„Anlass zur Freude, aber nicht zum Übermut“ sieht Berlins Bildungssenator Jürgen Zöllner. In der Rangliste der Bildungssysteme ist die Bundeshauptstadt vom 13. Platz 2004 auf den siebten Rang geklettert.

In Hamburg löste das Abschneiden des Stadtstaates, der im Vergleich zur Untersuchung 2004 von Platz 5 auf Platz 8 gefallen war, eine heftige Debatte aus. „In keinem anderen Bundesland werden so wenig Mathematiker, Informatiker, Naturwissenschaftler und Techniker (MINT) ausgebildet wie in Hamburg“, kritisierte das Hamburger Abendblatt.

„Die Anzahl der Lehrerstellen interessiert mich nicht.“ So zitiert die Hamburger Morgenpost Schulsenatorin Alexandra Dinges-Dierig. Damit habe sie Fragen nach der Schüler-Lehrer-Relation „abgeblockt“. Artikel-Zitat: „Auf einen Grundschullehrer kommen also heute fünf Schüler mehr. Bei den anderen Schulformen sind es etwa zwei Schüler. In vielen anderen Bundesländern sind die Zahlen gleich geblieben oder gar gesunken.“

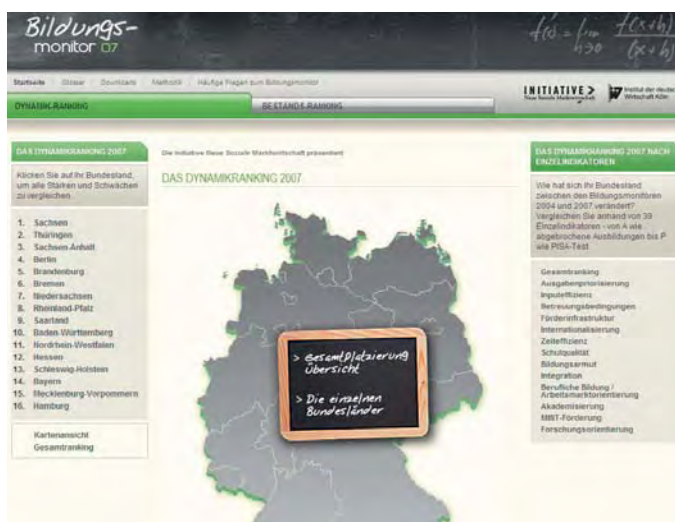


Verschlossen: Alexandra Dinges-Dierig

Mehr Resonanzen auf den INSM-Bildungsmonitor finden Sie hier

<http://www.insm-tagebuch.de/?p=760>

und hier: <http://www.insm-tagebuch.de/?p=756>.



Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zum AGG:

Antidiskriminierungsgesetz: Hohe Kosten, kein Nutzen für Betroffene



Schilderte den Fall eines AGG-Hoppers: Professor Andreas Hoffjan

Köln/Berlin – Bundesweites Aufsehen löste eine INSM-Studie über die Folgen des vor einem Jahr in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) aus, das auch unter dem Namen Antidiskriminierungsgesetz diskutiert wird. Im Auftrag der INSM hatte Professor Andreas Hoffjan, Lehrstuhl für Unternehmensrechnung und Controlling der Universität Dortmund, erforscht, welche Kosten das

vor einem Jahr in Kraft getretene AGG verursacht hat. Das Ergebnis: **1,73 Milliarden Euro** hat das Paragraphenwerk die deutsche Wirtschaft in den ersten 12 Monaten gekostet. Pro Mitarbeiter in den Betrieben schlug es mit 72,50 Euro zu Buche.

Weitere Schockzahlen aus Hoffjans Studie, die INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer am 16. Juli gemeinsam mit Hoffjan in Berlin vorstellte:

- **532 Millionen Euro** kosteten notwendige Mitarbeiterschulungen.
- **602 Millionen Euro** waren für die Einführung neuer Standards und strategischer Implementierungen fällig.

Weitere Kosten verursacht die Tatsache, dass Unternehmen nun gerichtssichere Dokumentationen von Einstellungsvorgängen anlegen müssen, um späteren Prozessrisiken durch das AGG aus dem Wege zu gehen.

Die Veröffentlichung der Studie führte zu postwendenden Reaktionen in Politik und Medien. Hartmut Schauerte, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, forderte, das Gesetz auf den Prüfstand zu stellen. Wörtlich heißt es in einer Pressemitteilung des BMWi: „Die Bundesregierung ist angetreten, die Wirtschaft von unnötigen Bürokratiekosten zu entlasten und den wirtschaftlichen Aufschwung nachhaltig zu sichern. Wir können deshalb nicht zur Tagesordnung übergehen, wenn ausweislich der heute vorgelegten Erhebung ein Jahr nach dem Inkrafttreten des AGG fünf von sechs Unternehmen in Deutschland mit dem Gesetz im Wesentlichen zusätzliche Bürokratie verbinden, und fast die gleiche Anzahl das Gesetz sogar als insgesamt überflüssig bewertet.“ ➤

INITIATIVE EXPRESS

Martina Köppen, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, verteidigte das Gesetz mit dem Argument, dass es „nur“ etwa zwei Prozent aller bundesdeutschen Bürokratiekosten in einer Gesamthöhe von 90 Milliarden Euro ausmache.



Pressetermin zur AGG-Studie: Professor Andreas Hoffjan, INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer, INSM-Mitarbeiterin Annebild Bramann.

Das Nachrichtenmagazin Focus berichtete unter Berufung auf die AGG-Studie der INSM über AGG-Hopper, denen das Gesetz den Vorwand liefere, Scheinbewerbungen abzugeben, um die Unternehmen damit zu erpressen. Sie hätten gar kein Interesse an einer

Einstellung, sondern würden sich lediglich bewerben, um später Schadensersatz einklagen zu können. „Das AGG verursacht hohe Mehrkosten für die Unternehmen, trägt zur beabsichtigten Antidiskriminierung nichts bei und enthält ein großes Missbrauchspotential“, zitierte das Magazin Focus Professor Hoffjan.

Diesem Aspekt des Problems widmete sich kürzlich auch die Frankfurter Rundschau. In einem FR-Interview schilderte Hoffjan den konkreten Fall eines 53-jährigen Computertechnikers. Dieser verschicke regelmäßig Bewerbungen, die nur ein Foto enthalten. Dabei spekulierte er auf eine Absage. Hoffjan: „Dieser Kandidat klagt nun reihenweise wegen Altersdiskriminierung, weil aus den Unterlagen keine Beurteilung seiner fachlichen Fähigkeiten möglich sei.“

Die Thüringer Allgemeine konnte dem AGG eine humoristische Seite abgewinnen. „Die Zeile ‘Krankenbruder gesucht’ bringt Lacher auf jedem Brett.“ So persiflierte das Blatt mundartlich mögliche Auswirkungen des Antidiskriminierungsgesetzes.

Mehr zur INSM-AGG-Studie finden Sie hier:

http://www.insm.de/Umfragen___Studien/Studien.html

Pressestimmen zur AGG-Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft:

Das neue Regelwerk stoße „auf heftige Kritik von Arbeitsrechtlern sowie Vertretern von Arbeitgeberverbänden und des Handwerkes“, meinte die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Das **Hamburger Abendblatt** zitiert Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt mit dem Satz: „Das einjährige Jubiläum ist kein Grund zum Feiern.“ Für die Unternehmen sei laut Hundt ein „hochbürokratischer und kostenträchtiger Begründungs- und Dokumentationsaufwand entstanden“.



Keinen Grund zum Feiern sieht Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt.

Die **Hannoversche Allgemeine** schrieb: „Als ‘überflüssig’ bezeichneten Industrie und Mittelstand zuletzt das Gesetz. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) hatte zuvor eine Studie vorgelegt, nach der das AGG wegen neuer Organisations- und Dokumentationspflichten 1,73 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich kostet. Das Bundeswirtschaftsministerium plädierte daraufhin für Änderungen am Gesetz. Der Präsident des Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Ludwig Georg Braun, bemängelte am Donnerstag, die Unternehmen würden unnötig belastet.“

Mehr Pressestimmen zur AGG-Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: <http://www.insm-tagebuch.de/?p=710>

Ausführliche Informationen zum AGG sowie eine wissenschaftliche Bewertung des Gesetzes finden Sie auch im INSM-WiWo-Merkelmeter unter www.insm-merkeltmeter.de.

Stellenbewerber in Deutschland bleiben ohne Feedback
Nebenwirkungen des Gleichbehandlungsgesetzes

Seit einem Jahr gilt in Deutschland das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Es hat nicht nur die Bürokratiekosten der Firmen erhöht. Personalverantwortliche beklagen sich darüber, dass eine ehrliche Rückmeldung nach Bewerbungsgesprächen nicht mehr möglich sei.

Zusätzliche Belastung
Das Antidiskriminierungsgesetz kostete deutsche Unternehmen 1,73 Milliarden Euro

Neustart für mehr Akzeptanz
Anti-Diskriminierung: Regierungsbeauftragte will einen „Pakt mit der Wirtschaft“

Aus der Wirtschaft kommt herbe Kritik
Ein Jahr Gleichbehandlungsgesetz: Unternehmer halten Neurogehung für teuer und überflüssig

Erste Allgemeine Verunsicherung

Seit einem Jahr ist in Deutschland das / meine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in / Damit sollen Benachteiligung...

Seit einem Jahr gilt in Deutschland das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Es hat nicht nur die Bürokratiekosten der Firmen erhöht. Personalverantwortliche beklagen sich darüber, dass eine ehrliche Rückmeldung nach Bewerbungsgesprächen nicht mehr möglich sei.

Gesetz nicht passen würde, war vor auszusehen. bis 10% der Firmen können den Vor-

Berlin (AP) - Ein Jahr nach In-Kraft-Treten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes hat die Wirtschaft eine Reform der Regelung verlangt. Auch das Handelswirtschaftsministerium plädierte gestern dafür, Änderungen...

Berlin (AP) - Ein Jahr nach In-Kraft-Treten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes hat die Wirtschaft eine Reform der Regelung verlangt. Auch das Handelswirtschaftsministerium plädierte gestern dafür, Änderungen...

es nur neue Bürokratie und zusätzliche Kosten gebacht. Kleinbetriebe täten sich schwer damit, weil zum Beispiel Bewerbungsgespräche jetzt...

Kritik zurück: „Das AGG nutzt der Wirtschaft“, betonte sie. Wer in der globalisierten Wirtschaft mithalten...

...aus dem Gesetz sein Ziel

INITIATIVE EXPRESS

INSM-WiWo-Städteranking:

München und Dresden sind die Stars in West und Ost!

Berlin - Bayerns Hauptstadt München hat ihre Gesamtführung bei Wirtschaft und Wohlstand auch im vierten wissenschaftlichen Städteranking von Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und WirtschaftsWoche behauptet – vor Stuttgart, Karlsruhe, Münster und Frankfurt/Main.



München hat Grund zum Feiern: Die Bayern-Metropole steht unangefochten an der Spitze der deutschen Städte.

Überraschungen im aktuellen Großstadtvergleich hat Sachsen zu bieten - und das gleich zweifach. Dresden hat sich im Gesamtranking auf Platz 8 vorgearbeitet und liegt damit vor Saarbrücken, Bonn, Karlsruhe und Münster. Zweite Überraschung: Im Dynamikranking, das die wirtschaftliche Entwicklung im Zeitraum von 2001 bis 2006 abbildet, kommt Leipzig auf Platz 7 und hängt hier westdeutsche Städte wie Mannheim, Nürnberg und Hannover ab.

Sorgenkind bleibt die Bundeshauptstadt Berlin. Sie erreicht im Gesamtranking von INSM und WiWo nur den letzten Platz. Die Aussichten auf Besserung sind weniger gut, denn auch im Dynamikranking zeigt ein Platz 44 unter 50, dass die meisten anderen Großstädte in Deutschland sich bei Wirtschaft und Wohlstand deutlich besser entwickeln als Berlin.



Präsentation des Städterankings: WiWo-Vize Klaus Methfessel, INSM-Geschäftsführer Dieter Rath, Dr. Karl Lichtblau (IW Consult GmbH)

Die Top Ten beim INSM-WiWo-Städteranking 2007

Rang	Gesamtranking		Niveauranking		Dynamikranking	
	Stadt	Ränge	Stadt	Ränge	Stadt	Ränge
1	München	0	München	0	Dresden	0
2	Stuttgart	+1	Frankfurt	0	Saarbrücken	+1
3	Karlsruhe	+3	Stuttgart	0	Bonn	+11
4	Münster	+4	Düsseldorf	0	Karlsruhe	+6
5	Frankfurt	-3	Wiesbaden	+2	Münster	+10
6	Bonn	+7	Mainz	-1	Braunschwg.	+6
7	Düsseldorf	-3	Karlsruhe	-1	Leipzig	+16
8	Dresden	+2	Münster	0	Mannheim	-6
9	Nürnberg	+7	Leverkusen	0	Nürnberg	+15
10	Wiesbaden	+2	Hamburg	0	Hannover	+8
Nachrichtlich:						
50	Berlin	-2	Halle	0	Wuppertal	-2

Auszug aus den Ergebnissen des INSM-WiWo-Großstadtvergleichs

INSM-Geschäftsführer Dieter Rath und Klaus Methfessel, stellvertretender Chefredakteur der WirtschaftsWoche, präsentierten die Studie am 7. September in Berlin. Dabei gingen sie auch auf die Aufsteiger aus Sachsen ein. „Die positive Entwicklung von Dresden und Leipzig zeigt, warum wir das Ranking machen“, erklärte Rath. Man schaffe damit Transparenz und Vergleichbarkeit. Auf diese Weise entstünden Anreize in den Regionen, sich kontinuierlich zu verbessern.



Dresden boomt: Hightech-Arbeitsplatz in der Gläsernen Manufaktur von VW.

Und was haben Leipzig und Dresden besser gemacht als andere? „Beide sächsischen Großstädte profitieren von ihrer konsequenten und zukunftsfähigen Investitionspolitik und der daraus entstandenen Wirtschaftskraft sowie den sprudelnden Steuereinnahmen“, erläuterte Klaus Methfessel bei der Pressekonferenz. Zu Recht könnten die beiden Sachsen-Metropolen „als Boomstädte des Ostens“ bezeichnet werden.

Die Studie: Seit 2003 prüfen Wissenschaftler der IW-Consult GmbH im Auftrag von INSM und WiWo Wirtschaftskraft und Wohlstandsniveau in den 50 größten Städten Deutschlands. Das aktuelle >

INITIATIVE EXPRESS

INSM-WiWo-Städteranking bezieht 104 ökonomische und strukturelle Indikatoren ein – zum Beispiel Arbeitslosenquote und Bruttoinlandsprodukt, Arbeitseinkommen und Investitionen, Zahl der Hochqualifizierten und Schulden je Einwohner. In einer zusätzlich durchgeführten Umfrage prüfen die Wissenschaftler zudem die Wirtschaftsfreundlichkeit der jeweiligen Verwaltungen.



Titelthema der WirtschaftsWoche: das Städteranking.

Der Gesamtindex besteht je zur Hälfte aus einem Niveauranking, das den Ist-Zustand 2006 dokumentiert, und einem Dynamik-Ranking, das Veränderungen im Zeitraum 2001 bis 2006 abbildet.



Detaillierte Stärken-Schwächen-Profile aller 50 untersuchten Großstädte mit ausgewählten Indikatoren finden Sie auf www.insm-wiwo-staedteranking.de.

Mediendebatte rund ums INSM-WiWo-Städteranking:

„Loblieder aus Köln“, „ostdeutsches Musterländle“, Berlin „verbesserungsfähig“

Köln/Berlin – Landauf, landab beschäftigten sich die Medien mit den Ergebnissen des vierten Städterankings von Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und WirtschaftsWoche. Fast 100 Zeitungen kommentierten und berichteten über den wirtschaftswissenschaftlichen Vergleich der wichtigsten deutschen Großstädte.

In einem Kommentar widmete sich die **Leipziger Volkszeitung** dem guten Abschneiden der Städte Dresden und Leipzig im INSM-WiWo-

Städteranking. Zitat: „Obwohl der Freistaat in den vergangenen drei Wochen wegen des Notverkaufs der Landesbank eher einen desaströsen Eindruck erweckt hat, sind die Rahmendaten im ostdeutschen Musterländle nach wie vor bestens. Nicht umsonst landen Dresden und Leipzig im Städte-Ranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft auf hervorragenden Plätzen. Beide Kommunen zählen im bundesweiten Vergleich zu den dynamischsten Metropolen überhaupt. Was übrigens auch auf den Freistaat zutrifft. Oder anders formuliert: Die Sachsen holen gegenüber dem Westen auf. Dahinter steckt eine konsequente Förderpolitik. Denn die beiden sächsischen Metropolen ernten jetzt, was die Landesregierung in den vergangenen Jahren gesät hat. Dresden etwa mit seiner High-Tech-Industrie rund um die Mikroelektronik und Leipzig - nach einer Odyssee Anfang der 90er Jahre im Dienstleistungssektor - durch den Automobilbau oder das Luftfracht-Drehkreuz.“

„Düsseldorf - in aller Munde“, schrieb die **Neue Ruhr/Rhein-Zeitung (NRZ)**. „Loblieder aus Köln und New York und hohes Niveau in einer Städtehitparade“, heißt es im Untertitel des Kommentars, der hier in Auszügen wiedergegeben wird. „Es ist einem als Düsseldorfer ja peinlich, dieses Lob vom Dom. (...) Da mutet ein siebter Platz in einer gestern veröffentlichten Städtehitparade der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der WirtschaftsWoche ja fast wie eine Niederlage an. Aber nur auf den ersten Blick. (...) Beim Niveau ist Düsseldorf auf 4, als schuldenfreie Stadt dürfte das nächstes Jahr noch besser aussehen. Bei der Dynamik ist's Rang 23, was nicht verwundert, wenn man auch sieht, dass Gesamtsieger München und Frankfurt auf benachbarten Plätzen liegen: Wo schon viel ist, kann es nicht mehr so steil nach oben gehen.“

Das **Hamburger Abendblatt** schrieb über Licht und Schatten in der Bewertung der Hansestadt im INSM-WiWo-Städteranking: „Die Hansestadt Hamburg liegt im Klassement auf Rang zwölf. Zu den Stärken zählt die hohe Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen), die bei 79 210 Euro (Städtedurchschnitt: 58 732 Euro) liegt. Auch bei den Gewerbeanmeldungen und der demografischen Struktur steht Hamburg gut da. (...) Zu den Schwächen Hamburgs zählt offenbar das Kostenbewusstsein in der Verwaltung. Nur 22 Prozent der von der IW Consult befragten Hamburger Unternehmen bescheinigen der Stadtverwaltung einen guten Umgang mit öffentlichen Geldern.“

Für „stark verbesserungsfähig“ hielt die **Berliner Zeitung** das Ergebnis der Bundeshauptstadt, die am Tabellenende der INSM-WiWo-Studie gelandet war. Die Berliner Zeitung weiter: „München bleibt an der Spitze der wirtschaftlich erfolgreichsten deutschen Großstädte, Dres- ➤“

INITIATIVE EXPRESS

den ist der dynamischste Aufsteiger des Jahres. Sorgenkinder sind das Schlusslicht Berlin sowie Rostock im Osten und der Ruhrpott im Westen. (...) Als Schwäche Berlins wurde unter anderem die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner vermerkt. (...) Berlins Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei) sagte der Berliner Zeitung, entscheidend sei die aktuell gute Wachstumsentwicklung in der Hauptstadt: „Der Abstand zum Bundesdurchschnitt verkleinert sich.“

„Guter Service: Platz 1 für Osnabrück“, freut sich die **Neue Osnabrücker Zeitung**. Osnabrück bietet der Wirtschaft den besten Service, habe die reformfreudigsten Stadtväter und quäle die Wirtschaft nicht mit Gebühren, resümiert die NOZ die Ergebnisse der INSM-WiWo-Studie. Auszug aus dem Bericht: „Service und Reformfreude sind nur ein Aspekt der breit angelegten Studie, die die arbeitgebernahe Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und die Zeitschrift ‘WirtschaftsWoche’ in Auftrag gegeben haben. Das Ergebnis, das gestern in Berlin vorgestellt wurde, ist eine Rangliste der Wirtschaftskraft. Tabellenführer ist München vor Stuttgart, gefolgt von Karlsruhe und Münster. Osnabrück steht auf Platz 20 unter den 50 Städten und verbesserte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um sieben Plätze.“

„Stuttgart Spitze bei Investitionen“, schrieben die **Stuttgarter Nachrichten**. Und: „Nur München ist beim neuen Städteranking besser.“ Das Blatt befasst sich in seinem Artikel aber auch mit Schwächen der baden-württembergischen Landeshauptstadt, die durch die aktuelle INSM-WiWo-Studie zu Tage getreten seien. Zitat: „Die jetzt veröffentlichte Studie offenbart aber auch gewisse Schwächen von Stuttgart. Beim Kriterium Gewerbeanmeldungen je Tausend Einwohner reicht es nur zu Platz 29. Spitzenreiter ist hier Mainz. Steigerungspotential besteht auch bei der Ausbildungsplatzdichte. Während Stuttgart mit 98 Ausbildungsplätzen pro Hundert Bewerber nur auf Platz 16 landet, hat Kiel mit 104 Plätzen die Nase vorn.“

STUDIE MÜNCHEN IST DIE WIRTSCHAFTLICH ATTRAKTIVSTE DEUTSCHE STADT

Dresden wächst am schnellsten

Hamburg landet auf dem zwölften Platz unter 50 Städten mit hoher Produktivität – aber auch mit hohen Ausgaben. Rostock und Berlin sind die „Sorgenkinder“.

Marina Köchen
Berlin

Im Wirtschaftsvergleich der 50 wichtigsten deutschen Großstädte haben München und Dresden weit-

ungen und der demografischen Struktur steht Hamburg... Zu den Schwächen zählt offenbar das Kosten- und die Verwaltung... aus der von der IW... Hamburg... Unter... schwingen der Stadtver... nen guten Umgang mit... Geldern. Auch gibt... Hartz-IV-Empfänger... 2006 nahmen 3,2 von... nera die Leistung in A... Berlin ist die Beschäft...

von München aus... Die Kriminalitätsrate... Straftaten pro 100.000... (2006) liegt so bei... Arbeitslosen sind se... hoch. Und die Ach... stieg zwischen 2001...

Spitze bei Investitionen und Hochqualifizierten

Nur München ist beim neuen Städteranking besser

Beim neuen wissenschaftlichen Städteranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat Stuttgart hinter München den zweiten Platz von insgesamt 50 untersuchten Großstädten. Damit liegt...

München ist top, Berlin stark verbesserungsfähig

Studie: Hauptstadt mit schwacher Wirtschaftskraft

BERLIN. München bleibt weiter an der Spitze der wirtschaftlich erfolgreichsten deutschen Groß-

anderem die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner vermerkt. Sie lag im genannten

Wissenschaftliches Gutachten analysiert die neue deutsche Wirtschaftsdynamik:

Ein Drittel des Aufschwungs 07 geht auf das Konto der Regierungen Schröder und Merkel

Berlin – Professor Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), und INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer stellten am 12. September in Berlin eine wissenschaftliche Studie vor, die sich mit der Frage beschäftigt, wer welchen Anteil am aktuellen Aufschwung hat. Die Politik kann nach dieser Analyse auf Basis von Wachstumsmodellen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für sich in Anspruch nehmen, gut ein Drittel der aktuellen Wachstumsdynamik bewirkt zu haben.



Im Gespräch mit den Medien:
Professor Michael Hüther

„Die Wachstums-Wende wurde ab 2003 durch die Agenda 2010 angestoßen und wird – wenn auch weniger dynamisch – durch die Politik ‘der kleinen Schritte’ der Großen Koalition fortgesetzt“, erklärte Professor Hüther. Das Gutachten seines Instituts – erstellt im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – benennt folgende wichtige Reformschritte:

Die rot-grünen Arbeitsmarktreformen brachten mehr Beschäftigung und geringere Arbeitslosigkeit. So verschärfte die Regierung Schröder unter anderem die Zumutbarkeitskriterien für die Aufnahme eines neuen Jobs und verkürzte die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld.

Mehr investiert haben die Unternehmen, nachdem die Einkommen- und Körperschaftsteuer gesenkt wurden. Positiv wirkte auch, dass die staatlichen Investitionen nicht weiter gefallen sind, sondern seit 2005 wieder leicht ansteigen.

Auch die Große Koalition hat in der ersten Halbzeit zur weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beigetragen. Dies geschah laut Gutachten zum Beispiel durch die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, die Föderalismusreform sowie die Unternehmensteuerreform. Allerdings trübten die verunglückte Gesundheitsreform und die Mehrwertsteuererhöhung die Bilanz von Schwarz-Rot.

INITIATIVE EXPRESS

Die aktuelle INSM-Studie sieht Max A. Höfer als Beleg dafür, dass sich Reformen lohnen. Der INSM-Geschäftsführer: „Das Gutachten weist nach, dass nationale Politik auch im Zeitalter der Globalisierung einen entscheidenden Einfluss darauf hat, wie ein Land dasteht.“ Nun dürfe die Bundesregierung die „Ernte der vergangenen Reformanstrengungen nicht verspielen“. Professor Hüther nannte bei dem Pressetermin die drei zentralen Felder, auf denen die Politik aktiv werden und bleiben müsse. Problemfelder sind nach Meinung des Kölner Ökonomen die Langzeitarbeitslosigkeit, der demografische Wandel mit allen seinen Folgen und die Staatsverschuldung.

P. S.: Auch Kanzlerin Angela Merkel, die am Tag der INSM-Presskonferenz bei der Bundestags-Haushaltsdebatte als Rednerin auftrat, benannte die Agenda 2010 als Mitauslöser für den aktuellen Aufschwung. Zum Schluss ihres Bundestags-Auftritts zitierte sie das Motto der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und forderte neue „Chancen für alle“.

Die Pressemitteilung zur Studie finden Sie hier: http://www.pressportal.de/pm/39474/initiative_neue_soziale_marktwirtschaft_insm

Was die Große Koalition in der ersten Halbzeit ihrer Amtszeit wirklich für mehr Beschäftigung und Wachstum geleistet hat, lesen Sie unter <http://www.insm-merkelmeter.de>.

INSM-Aktion zum Koalitionsgipfel auf Schloss Meseberg:

Eisblock sollte die Große Koalition für weitere Reformen erwärmen

Köln/Meseberg – Zur Koalitions Klausur trafen sich die Spitzen von Schwarz-Rot in der dritten Augustwoche im brandenburgischen Schloss Meseberg. Während drinnen im Schloss Merkel, Müntefering & Co.



noch an ihren Abschlusserklärungen feilten, sorgte die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft am Freitag, 24. August, für Aufsehen unter den Journalisten. Sie platzierte einen Eisblock vor dem Zaun des Schlosses. Drinnen eingefroren die acht Buchstaben des Wortes „Reformen“. Die Tagesschau nahm die Botschaft auf. Zitat der Kor-

respondentin: „Zum Abschied gab es noch eine Ermahnung mit auf den Weg - von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Dieser Eisblock soll daran erinnern, dass der Reformwille nicht daherschmilzt wie Eis in der Sonne.“

Dass auch viele in der Bevölkerung diese Befürchtung teilen, belegt eine Umfrage, die das Allensbach-Institut im Vorfeld des Koalitionsgipfels hatte durchführen lassen. Zentraler Trend dieser Untersuchung: Schwarz-Rot könnte nach Auffassung der Bürger selbst erheblich mehr tun, um den Aufschwung zu stabilisieren. Nur ein Viertel der Befragten sieht einen Zusammenhang zwischen der guten Konjunktur und dem Tun von Schwarz-Rot (26 Prozent) sowie der rot-grünen Vorgänger unter Gerhard Schröder (25 Prozent).

Weitere Resultate der INSM-Allensbach-Umfrage unter 1808 Bundesbürgern:

- Für Erfolg versprechend halten **70 Prozent** der Befragten den konsequenten Abbau von Bürokratie.
- **60 Prozent** sprechen sich für eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuern aus.
- **56 Prozent** für die Förderung neuer Technologien und anderer Innovationen.
- Darüber hinaus glaubt die Bevölkerung **mehrheitlich**, dass vor allem Reformen des Bildungswesens, der Abbau der Staatsschulden und weitere Reformen der sozialen Sicherungssysteme den Aufschwung verlängern.
- **58 Prozent** der Befragten wollen, dass der Konsolidierungskurs fortgesetzt wird.
- Allensbach fragte zudem nach den Ursachen für den aktuellen Aufschwung. Knapp zwei Drittel der Deutschen (**63 Prozent**) glauben, dass vor allem der starke deutsche Export dafür verantwortlich ist.

Kommentar von Max A. Höfer, Geschäftsführer der INSM, zur Umfrage: „Nur wenn die Politik die Reformen kontinuierlich fortsetzt, wird sie dazu beitragen, den Aufschwung zu verstetigen.“

Hier finden Sie ergänzende Unterlagen zur Allensbach-Umfrage für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) als PDF zum Download: <http://www.insm-tagebuch.de/wp-content/uploads/2007/08/in-sm-summary-allensbach-aufschwung0707.pdf>

Der gute Geist von Meseberg

Schwarz-Rot probt den Neustart / Hält große Koalition über 2009 hinaus?



Zahlreiche Medien druckten Fotos von der INSM-Aktion.

INITIATIVE EXPRESS

Achtes INSM-Merkelmeter – die wissenschaftliche Politik-Analyse Halbzeitbilanz der Bundesregierung im neuen Webdesign

Köln – „Entschlossenes Handeln“ vermisst IW-Direktor Professor Dr. Michael Hüther bei der Bundesregierung. So steht es zu lesen in seinem wissenschaftlichen Leistungszeugnis auf www.insm-merkeltmeter.de. Seit der Bundestagswahl 2005 erstellt Hüthers Institut exklusiv für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und die WirtschaftsWoche die Dauerstudie Merkelmeter. Das letzte Update stammt vom 9. Juli und ist eine Halbzeitbilanz der schwarz-roten Arbeit in den letzten zwei Jahren.



Angela Merkel und ihr Vize Franz Müntefering: Das jüngste INSM-Merkelmeter zog Bilanz, was sie aus ökonomischer Sicht für Wachstum und Beschäftigung getan haben.

Schwarz-Rot könne den Aufschwung ganz sicher nicht für sich alleine reklamieren – einen großen Anteil an der neuen Dynamik haben die Unternehmen, meint Hüther: Deutschland lebe wirtschaftlich auf, „weil sich die Weltmärkte seit Jahren sehr dynamisch entwickeln und weil unsere Unternehmen nach schmerzhaften Umstrukturierungen wettbewerbsfähiger geworden sind“. Als Aufschwung-Ursache sieht Hüther auch Reformen der rot-grünen Vorgänger-Regierung (Agenda 2010). Zudem hätten auch die moderaten Lohnabschlüsse der Gewerkschaften und Arbeitgeber in den letzten Jahren dazu beigetragen. Allerdings gesteht der Ökonom der Großen Koalition auch zu, eigene Punkte gemacht zu haben. Positiv für Schwarz-Rot verbucht das Merkelmeter die Rentenreform (Rente mit 67) – damit haben Merkel und Müntefering laut Hüther „mutig eigene Akzente gesetzt“ – sowie auch mit der Unternehmensteuerreform und der Föderalismusreform.

Hart kritisiert das jüngste Merkelmeter jedoch die geplante Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland sowie Koalitionspläne zur „Reform“ der Pflegeversicherung, die mehr Kosten bringt und die die

Zukunftsprobleme der Pflege in einer alternden Gesellschaft nicht lösen wird.

Vor allem dadurch, aber auch durch mangelnde Sparanstrengungen bei den Staatsfinanzen droht die Bundesregierung „das reformpolitische Kapital zu verspielen, das sie in der ersten Halbzeit dieser Legislaturperiode aufgebaut hat“.

Mit Blick auf die zweite Hälfte der Legislaturperiode meldete sich zur Präsentation des jüngsten Merkelmeters auch INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer mahndend zu Wort: „Die Bundesregierung darf im Konjunktur-Hoch nicht ins Reform-Tief abgleiten. Will sie den Optimismus erhalten, der das Land nach Jahren der Stagnation beflügelt, muss sie in den kommenden zwei Jahren entschlossen auf Offensivspiel setzen.“



Relaunch der Website www.insm-merkeltmeter.de: Über Schlagwörter ist die Expertise aller bisher erschienenen acht Studien sekundenschnell erschließbar.

Die Ergebnisse des achten Merkelmeters vom 9. Juli finden Sie auf der Website <http://www.insm-merkeltmeter.de>. Diese Website wurde mit der neuen Studie vollständig überarbeitet. Alle Inhalte sind nun in Sekundenschnelle per Mausklick zu erschließen – nach Themenfeldern, Schlagworten, Einzelgesetzen.

13. INSM-Professoren-Panel:

Führende Ökonomen erwarten 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum und fordern Bundesregierung zur Haushalts-Sanierung auf

Berlin - „Wir brauchen in Deutschland einen Arbeitsmarkt, der funktioniert“, forderte Professor Harald Uhlig, Universität Chicago, am 18. Juli bei einem Pressetermin in Berlin. Gemeinsam mit INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer stellte Uhlig die Ergebnisse des 13. Professoren-Panels der INSM vor – eine Umfrage unter Öko- ➤

INITIATIVE EXPRESS



Professor Harald Uhlig und INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer präsentieren das Professoren-Panel in Berlin.

nomen in Deutschland. Die Wissenschaftler fordern wie Uhlig mehrheitlich Reformen vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Weitere Ergebnisse des Panels: Konjunkturbedingt höhere Steuereinnahmen sollte der Staat nach Auffassung der Experten vor allem für den Schuldenabbau verwenden. Verstärkt sollte die Öffentliche Hand zudem auch in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren. Fürs laufende Jahr erwarten die am Panel beteiligten Professoren 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum.

INSM-Podium mit Bernhard Bueb versus Krista Sager: Was macht unsere Kinder stark?

„Eine ehrliche, nicht von falscher political correctness getriebene Diskussion“

Berlin - Was macht unsere Kinder stark? Darüber debattierten am 5. Juli bei einer Podiumsveranstaltung der Erziehungswissenschaftler Dr. Bernhard Bueb, langjähriger Leiter des Internats Schule Schloss Salem, und Krista Sager, Bildungsexpertin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Streitgespräch unter Moderation der Journalistin Dr. Ursula Weidenfeld war eine Gemeinschaftsveranstaltung von INSM und der Zeitung Tagesspiegel. Eine ehrliche, nicht von falscher political correctness getriebene Diskussion hatte INSM-



Geschäftsführer Max A. Höfer in seiner Begrüßung gefordert, und die gab es dann auch.

„Disziplin ist die Grundlage jeder kulturellen Leistung“, betonte Dr. Bernhard Bueb. Man leiste jungen Menschen einen Bärendienst, wenn man sie zur Faulheit erziehe. Ausführlich hat sich der frühere Internatsleiter auch in seinem Buch „Lob der Disziplin“ mit diesem Thema auseinandergesetzt. Hier und auch auf dem INSM-Tagesspiegel-Podium forderte er, dass Tugenden wie Disziplin, Fleiß und Pünktlichkeit wieder höher geschätzt werden müssten. Die antiautoritäre Erziehung der 60er Jahre habe zu Disziplinlosigkeit und mit zur heutigen Erziehungsmisere geführt. Krista Sager widersprach dem heftig. Die Grüne wehrte sich gegen den Vorwurf, dass die 68er Jahre „an allem schuld“ seien.



Beim INSM-Tagesspiegel-Podium in Berlin: Krista Sager im Disput mit Bernhard Bueb.

Das komplette Streitgespräch Bueb – Sager finden Sie im Internet unter:

http://www.insm.de/Veranstaltungen/Rueckblick_2007/Rueckblick_2007/INSM_Streitgesprach_Werte_verboten_-_Teil_1.html

forsa-Umfrage zum Podium von INSM und Tagesspiegel:

Breite Mehrheit für mehr Autorität in der Erziehung

Zu Beginn der Veranstaltung stellte Max A. Höfer die Ergebnisse einer forsa-Umfrage im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft vor.

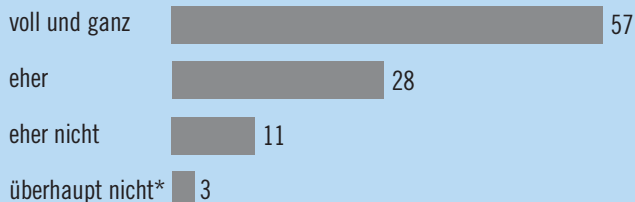
- 85 Prozent der Bevölkerung meinen danach, dass den deutschen Schülern mehr Disziplin gut täte.
- 81 Prozent halten die antiautoritäre Erziehung nicht mehr für zeitgemäß.



INITIATIVE EXPRESS

- 72 Prozent finden, dass Kindererziehung Eltern- und keine Lehrersache ist.

Es glauben, dass den Schülerinnen und Schülern in Deutschland alles in allem mehr Disziplin gut tun würde
 (Angaben in Prozent)



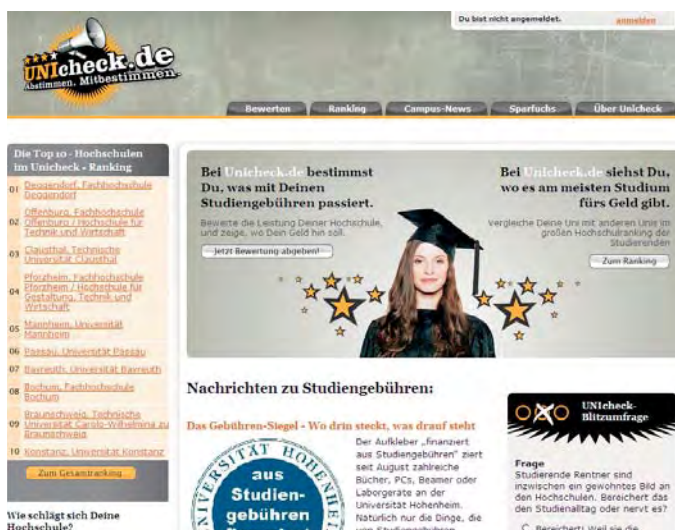
*an 100% fehlende Angaben = „weiß nicht“, „keine Angabe“

Quelle: Umfrage zur Meinung zur Erziehung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Juni 2007

INSM-Studenten-Portal Unicheck.de:

Erstes online-Hochschulranking aus Studentensicht löst breite Debatte aus

Köln - Seit Mitte Juni steht auf der Website www.unicheck.de das erste bundesweite Hochschulranking aus Studentensicht online. Fast 5000 Studierende aus über 100 Hochschulen hatten online auf unicheck.de abgestimmt und ihre Hochschule bewertet. Ergebnis Nummer 1: Die Studenten sind mit der Verwendung ihrer Studiengebühren unzufrieden. Zu Service und Lehrqualität bescheinigten die Studenten ihren Universitäten im Schnitt ein „genügend“. Besonders heftig kritisierten sie fehlende Transparenz bei der Verwendung ihrer Beiträge (Durchschnitt: 4,7) sowie fehlende Mitspracherechte (4,6). Ergebnis Nummer 2: Kleine Fachhochschulen wie Deggendorf und Offenburg werden in der Tendenz besser bewertet als Massen-Universitäten wie Köln und Duisburg-Essen, die hinten liegen. INSM-



Geschäftsführer Max A. Höfer: „Ziel von Unicheck ist es, den Studenten als zahlenden Kunden ihrer Hochschulen zu mehr Mitsprache zu verhelfen, was die Verwendung ihrer Gebühren angeht.“

Diese Botschaft gewinnt in der Öffentlichkeit an Breite und kommt zunehmend auch bei den Leitungen der Unis und Hochschulen an. Das zeigt die umfassende Presseresonanz auf das Unicheck-Ranking.

So berichtete der **Bonner General-Anzeiger** über die Reaktion der Universität Bonn auf das Unicheck-Ranking: „Wir nehmen das Thema Zufriedenheit mit der Verwendung von Studiengebühren ernst“, sagt Uni-Pressesprecher Andreas Archut. Statt auf Vergleiche mit anderen Universitäten setze die Alma Mater vielmehr auf die studentische Mitsprache in den Hochschulgremien. „Uns ist es wichtig, dass die Studierenden ihre Ideen für mögliche Verwendungen artikulieren“, so Archut. In regelmäßigen Berichten werde die Uni auch Rechenschaft darüber ablegen, was mit den Gebühren der Studenten passiert. Bislang konnten durch die Einnahmen schon längere Öffnungszeiten für Bibliotheken, neue Lehrbücher oder auch zusätzliche Tutorenstellen finanziert werden.

Die **Westdeutsche Allgemeine Zeitung** nahm das schlechte Abschneiden der Universität Duisburg-Essen im Unicheck-Ranking zum Anlass für kritische Fragen an Dr. Ingrid Lotz-Ahrens, Prorektorin für Finanzen. Lotz-Ahrens im Interview des Blattes: „(...) daran arbeiten wir. 90 Prozent der Einnahmen investieren wir in Lehre und Infrastruktur, zehn Prozent in die Verwaltung. Auch hier stocken wir Personal auf, verbessern die Beratung. Auch eine Ausweitung der Öffnungszeiten wird geprüft.“

„Wir wollen transparent machen, wofür die Studiengebühren eingesetzt werden.“ So zitierte die Neue Osnabrücker Zeitung Unicheck-Projektleiter Ronald Voigt. Überschriften war der Artikel mit „Fragen nach Lehre und Service“. Die NOZ zur Lage vor Ort: „Besonders loben die Osnabrücker Studenten die Infrastruktur und das Lehrpersonal. Unzufrieden zeigen sie sich mit den Öffnungszeiten der Prüfungsämter.“

Die **Neue Ruhr-Zeitung** schrieb: „Nicht mal ein Ausreichend: Das ist das vernichtende Urteil, das die Studierenden der Uni Duisburg-Essen ihrer Hochschule bei der Verwendung der Studiengebühren ausgestellt haben. Platz 29 von 30 möglichen, schlechteste, bundesweite Bewertung bei der Leistung der Verwaltung und der Infrastruktur – darunter wird neben der baulichen Qualität der Lehrräume auch die Einrichtung von Tutorien verstanden. „Die Befragung kommt zu früh, wir werden bestraft, weil wir noch kein Geld veraus-“

INITIATIVE EXPRESS

gabt haben“, sagt Uni-Kanzler Rainer Ambrosy. Erst gestern hatte die Universität angekündigt, nun zehn Millionen Euro von den Studenten auszugeben. Das Geld soll in die Lehre investiert werden, aber auch in Toiletten und Hörsäle. Das brauche Zeit, so Ambrosy. Der stellvertretende AStA-Vorsitzende Oliver Bay meint: „Es ist nicht Sinn und Zweck, dass ich von meinen 500 Euro Farbanstriche bezahle.“ Seit Jahren machten Studierende die Tutorien - „das sind keine Stellen, wir brauchen neue Leute in der Lehre und das ganz massiv“, so Bay.

Zum Hochschulranking geht es hier:

<http://www.unicheck.de/ranking.html>

Mehr Presseresonanzen und weitere Infos finden Sie auch hier:

<http://www.insm-tagebuch.de/?p=608>

INSM-WiWo-Bundesländerranking:

Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt punkten mit der besten Wirtschaftsdynamik!

Berlin/Köln – Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt sorgten für Aufsehen beim Bundesländerranking 2007 von Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und WiWo. Die beiden Bundesländer belegten Platz 1 und 2 im Dynamikranking. Nirgendwo sonst in der Re-



Haben beide Grund zur Freude über das INSM-WiWo-Bundesländerranking: Bayerns scheidender Regierungschef Edmund Stoiber und Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer.

Die Platzierungen beim INSM-WiWo-Bundesländerranking 2007:

Platz	Dynamikranking	Platz	Bestandsranking
1.	Baden-Württemberg	1.	Bayern
2.	Sachsen-Anhalt	2.	Baden-Württemberg
3.	Hamburg	3.	Hessen
4.	Bayern	4.	Nordrhein-Westfalen
5.	Saarland	5.	Rheinland-Pfalz
6.	Sachsen	6.	Niedersachsen
7.	Niedersachsen	7.	Saarland
8.	Berlin	8.	Schleswig-Holstein
9.	Bremen	9.	Sachsen
10.	Rheinland-Pfalz	10.	Thüringen
11.	Thüringen	11.	Brandenburg
12.	Schleswig-Holstein	12.	Sachsen-Anhalt
13.	Nordrhein-Westfalen	13.	Mecklenburg-Vorpommern
14.	Mecklenburg-Vorpommern	Stadtstaaten*	
15.	Hessen	1.	Hamburg
16.	Brandenburg	2.	Bremen
		3.	Berlin

*Die Stadtstaaten wurden wegen abweichender Strukturen im Bestandsranking gesondert bewertet.

publik haben sich in den letzten Jahren die Standortbedingungen in den Jahren 2004 bis 2006 so stark verbessert wie hier. Die wissenschaftliche Studie, die von Ökonomen der IW Consult GmbH erstellt wurde, vergleicht die deutschen Bundesländer an Hand von 33 ökonomischen und standortrelevanten Indikatoren vom Bruttoinlandsprodukt bis zur Investitionsquote.

„Das Bundesländerranking 2007 zeigt eindrucksvoll, dass Länder, die eine kontinuierliche Wachstumspolitik betrieben haben, davon jetzt profitieren“, lobte Max A. Höfer, Geschäftsführer der INSM, zur Vorstellung der Studie am 8. Juni die wirtschaftliche Entwicklung des Siegers Baden-Württemberg. Den Spitzenplatz erringt das „Ländle“ vor allem durch den massiven Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts, das zwischen 2004 und 2006 um 5,4 Prozent zunahm und damit weit vor dem durchschnittlichen Anstieg von 3,6 Prozent liegt.

Einen überraschenden zweiten Platz bei der Wirtschaftsdynamik errang Sachsen-Anhalt. Das Land konnte Hamburg – einen der stärksten Aufsteiger – knapp auf den „Bronzeplatz“ verweisen.

Im Bestandsranking, das das absolute wirtschaftliche Niveau der einzelnen Bundesländer ausweist, liegt unverändert Bayern vorn – gefolgt von Baden-Württemberg und Hessen. >

INITIATIVE EXPRESS

Alle Informationen und die detaillierten Stärken-Schwächen-Profil der einzelnen Bundesländer können Sie ab sofort auch unter www.bundeslaenderranking.de abrufen.

Bundesländerranking 2007 – Debatte

Baden-Württemberg ist Bayern auf den Fersen

Die Agentur **Associated Press** stellt fest: „Als wirkliche Überraschungen gelten die Plätze zwei und drei. Sachsen-Anhalt, das im Vorjahr noch auf Platz fünf lag, schaffte laut Studie den Sprung an die Spitze, weil die Arbeitsproduktivität um 5,4 Prozent stieg, während der Bundesdurchschnitt nur bei drei Prozent lag. Sachsen, das schon zwei Mal die Trophäe gewann, blieb wie im Vorjahr auf Platz sechs stecken.“

„Baden-Württemberg kann alles - auch Wirtschaft“, schrieb der Berliner **Tagesspiegel** in Anspielung auf einen Slogan, mit dem das Land für sich werben ließ („Wir können alles, außer Hochdeutsch“).

„Der Freistaat ist noch immer Deutschlands bester Wirtschaftsstandort - doch Baden-Württemberg holt deutlich auf“, schreibt die **Süddeutsche Zeitung** in einem online-Bericht über das Bundesländerranking 2007 von Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und **WirtschaftsWoche**. Als Hauptgrund nimmt der Bericht Bezug auf Angaben von INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer bei der gestrigen Pressepräsentation der Studie in Berlin. Nach Angaben Höfers habe Baden-Württemberg vor allem vom deutlichen Zuwachs seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) profitiert.

Auf der Website des **Südwestrundfunks** wird unter Stärken von Rheinland-Pfalz die „relativ niedrige Arbeitslosenquote“ genannt. Als Gründe, warum „Rheinland-Pfalz nicht unter den Besten“ sei, nennt der Bericht das unterdurchschnittliche „Ausbildungsplatzangebot und die hohe Zahl von Schülern pro Lehrer“. Dazu Werner Simon, Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung der Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU): „Es kann nicht sein, dass wir uns auf den Lorbeeren ausruhen und alle anderen Wirtschaftsstandorte an uns vorbeiziehen lassen.“ Simon appellierte nach Angaben des Südwestrundfunks „an die Landesregierung, energisch gegenzusteuern“.

„Berlin wird dynamisch“, titeln die **Potsdamer Neuesten Nachrichten**. Berlin hat sich im Dynamikranking im Vergleich zum Vorjahr um sechs Plätze verbessert und kam auf Rang acht. Zitat aus

dem PNN-Bericht: „Die Ergebnisse belegten, dass Berlin auf dem richtigen Weg ist“, sagte dazu Berlins Wirtschaftssenator Harald Wolf dem **Tagesspiegel**. Gleichzeitig kritisierte er dem Bericht zufolge andere Studien wegen ihrer „starren Konzentration auf Bestandsgrößen“. Wegen des anhaltenden Strukturwandels schneide Berlin dann „schlechter ab als wohlhabende westdeutsche Regionen“. Dies sage aber „wenig aus über die Aktivierung zukunfts-fähiger Regionalpotenziale“.

Nach einem Bericht der **Wetzlarer Neuen Zeitung** fordern die Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen (AGS) im SPD-Bezirk Hessen-Süd und der Arbeitskreis Wirtschaft der SPD-Landtagsfraktion politische Konsequenzen aus den Ergebnissen des jüngsten Bundesländerrankings der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Hessen hatte dabei in Sachen Wirtschaftsdynamik nur den vorletzten Rang erreicht. Manfred Schmidt, Landesvorsitzender der AGS, bemängelte dem Blatt zufolge mangelnde Unterstützung bei Existenzgründungen und Unternehmensübergängen.



Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff sieht sich durch das INSM-WiWo-Bundesländerranking in seiner Politik bestätigt.

In einem Interview der **WirtschaftsWoche** nahm auch der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff zum Bundesländerranking 2007 Stellung. Zur Frage, was er im bevorstehenden Wahlkampf herausstellen wolle, erklärte Wulff: „Wir werden auch mit unseren Erfolgen im Land in den vergangenen vier Jahren punkten. Nach dem Ländervergleich der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der **WirtschaftsWoche** sind

wir Rang 1 in der Kategorie Bürokratieabbau und Serviceorientierung in der Verwaltung, Rang 3 bei der Lehrstellensituation, Rang 2 beim Wachstum. (...) All das haben wir durch harte Reformen erreicht.“

Weitere Presseresonanzen und Informationen zum INSM-WiWo-Bundesländerranking:

<http://www.insm-tagebuch.de/?p=566>

INITIATIVE EXPRESS

INSM-Tagesspiegel-Podium Blüm versus Missfelder:

Streitfall Rente mit 67: Podium mit einem Politpensionär und einem Jungpolitiker



Im Disput um längeres Arbeiten und spätere Renten schenken sich Norbert Blüm und Philipp Missfelder nichts.

Berlin - High Noon im Berliner Kaiserin-Friedrich-Haus: Am 12. Juni, 12 Uhr mittags, trafen hier auf Einladung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der Zeitung Tagesspiegel zwei Antipoden der Sozialdebatte aufeinander. Norbert Blüm, altgedienter Sozialminister im Kabinett Kohl, und Philipp Missfelder, Vorsitzender der Jungen Union sowie Bundestagsabgeordneter. Die Begegnung wurde moderiert von Dr. Ursula Weidenfeld, stellvertretende Chefredakteurin des Tagesspiegels.

„Blüm bleibt bei der Rente standhaft“, schrieb die Mitteldeutsche Zeitung mit leicht ironischem Unterton über die Begegnung der beiden Parteifreunde mit sehr unterschiedlichen Auffassungen in der Sache. Zitat aus dem Artikel: *Die Rente ist sicher. So lautet Blüms berühmter Satz. Der JU-Chef hielt nach der Hälfte des Gesprächs nicht mehr hinterm Berg: „Sie haben die Bevölkerungsentwicklung zu lange ignoriert. Ich verstehe ja den Kampf, den Sie seit Jahren um Ihr Lebenswerk führen.“ Missfelder schloss mit der Anmerkung, der heutige Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) sei in seinem Erkenntnisprozess weiter als Teile der CDU. Auch das war auf den Kontrahenten gemünzt.*

Als schwarz-roter Arbeitsminister hat Müntefering die Rente mit 67 auch gegen Widerstände in der eigenen Partei durchgedrückt.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung nahm das INSM-Tagesspiegel-Podium zum Anlass für ein Feuilleton, das zur Abrechnung mit

Norbert Blüm geriet. Zitat: *Bevor er (Blüm) im Herbst zu einer Deutschlandtournee mit dem Linksparteimann Peter Sodann aufbricht, hat er sich jetzt auf Einladung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft in Berlin mit Philipp Missfelder gemessen, dem Vorsitzenden der Jungen Union und geborenen Gegner seines Parteifreundes, des Schutzmanns der alten Leute. ... Von diesem Platz aus erklärte er dem Auditorium, dass die Rente sicher sei - vorausgesetzt, der Beitragssatz werde der laufenden Entwicklung angepasst, also nicht auf dem gegenwärtigen Niveau eingefroren, sondern auf beispielsweise 24 Prozent erhöht. Das ist zwar längst geschehen, weil ja der Beitragssatz, realistisch, also unter Einschluss der 80 Milliarden betrachtet, die den Rentenkassen Jahr für Jahr aus Steuermitteln zufließen, schon heute weit darüber liegt - aber Blüm weiß, dass sich die Menschen gern etwas vormachen lassen, so erfüllt er ihren Wunsch und macht ihnen etwas vor.*

JU-Chef Missfelder machte deutlich, dass er die Lebensarbeitszeit auch über die jetzt angepeilte Altersgrenze von 67 hinaus verlängert sehen möchte.

Eingangs hatte Moderatorin Dr. Ursula Weidenfeld das aktuelle Professoren-Panel vorgestellt – eine Umfrage der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) unter führenden Ökonomen in Deutschland. Zentrales Ergebnis: Die Mehrheit der Wissenschaftler hält die Rente mit 67 für unverzichtbar. Jeder zweite an der Umfrage beteiligte Professor geht zudem davon aus, dass das gesetzliche Renteneintrittsalter in Zukunft weiter angehoben werden muss. Wichtig ist den Wirtschafts-Gelehrten, dass das tatsächliche Renteneintrittsalter von derzeit durchschnittlich 60 Jahren ebenfalls steigt, d. h., dass die Menschen länger im Berufsleben bleiben.

Mehr über das Streitgespräch im Internet:

http://www.insm.de/Veranstaltungen/Rueckblick_2007/Rueckblick_2007/Rente_mit_67___Bluem_contra_Missfelder_ein_INSM-Streitgespraech.html

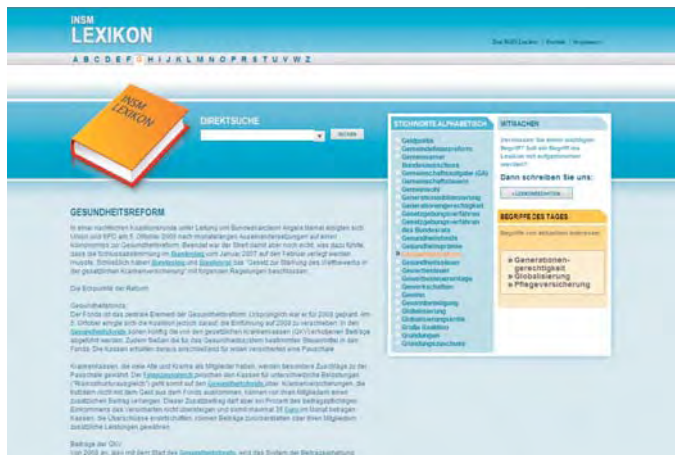
Web-Initiative für mehr Wirtschaftswissen:

INSM-Lexikon reloaded

Seit kurzem ist ein komplett relaunched INSM-Wirtschaftslexikon online. Hier finden Sie alles über Begriffe wie „Abgabenquote“, „Globalisierungskritik“, „NGOs“, „Sozialprodukt“, „Tobin-Steuer“, „Zahlungsbilanz“.

Zusätzlich zu den Begriffserklärungen gibt es als neuen Service eine Vielzahl weiterführender Informationen – darunter Buchtipps und ergänzende wissenschaftliche Quellen. >

INITIATIVE EXPRESS



Wirtschafts-Lexikon der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM): www.insm-lexikon.de.

INSM-Anzeigen:

Olympiasiegerin Birgit Fischer: Wie Deutschland sich verbessern kann

Mitte August sahen die Leser überregionaler Tageszeitungen und Magazine Olympiasiegerin „Birgit Fischer“ in einem Spreewaldkahn. Daneben ein Interview, in dem die ostdeutsche Sportlegende aus eigener Erfahrung gespeiste Tipps für einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess in Deutschland gab. Birgit Fischer: „Meine Erfahrungen als Unternehmerin und Sportlerin haben mir gezeigt, dass sich niemand auf seinen Erfolgen ausruhen darf. Sonst kann man dauerhaft nicht erfolgreich sein.“ „Kontinuierliche Verbesserung“, so die Kanutin weiter, sei „das Rezept der Sieger“.



Birgit Fischer ist übrigens auch als Unternehmerin aktiv. Ihre Firma KanuFisch bietet unter anderem erlebnisorientierte Kanu-Events an. Im Portfolio hat Fischers Unternehmen aber auch Leistungs- und Mentaltraining für Menschen, die ihren Kurs neu ausrichten und ambitionierte Ziele ansteuern wollen.

Hier finden Sie das INSM-Anzeigenmotiv als PDF zum Download: <http://www.insm-tagebuch.de/?p=664>.

Handballweltmeister Heiner Brand: Warum fairer Wettbewerb im Sport und in der Wirtschaft wichtig ist ...



Mit seinem Team wurde Heiner Brand im Februar Handballweltmeister. Und vor kurzem hatte die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ihn für eine Anzeige gewonnen. Bundesweit machte sich die schnurrbärtige Trainerikone darin für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland stark. Brand fordert einen „ständigen Anpassungsprozess, der sich langfristig auszahlt“ – einen „Masterplan“.

„um einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess in Deutschland in Gang zu bringen. So habe auch er sein Team zum Erfolg geführt. Brand: „Wer Erfolg will, muss Reformen anschieben und sie in einer Gesamtstrategie weiterentwickeln.“ Fairer Wettbewerb sei keine Bedrohung, „sondern nützt allen“.

Hier geht es zum INSM-Anzeigenmotiv mit Heiner Brand.

<http://www.insm-tagebuch.de/wp-content/uploads/2007/07/anzeige-heiner-brand-in-sm-tagebuch.pdf>

Warum Arbeit für Benediktiner-Chef Notker Wolf lebensnotwendig ist

„Das Motto meines Ordens ‘ora et labora’ nehme ich ernst. Arbeit gehört zum Leben, weil sie eben nicht nur notwendige Pflicht, sondern auch Sinnerfüllung ist.“ Das sagte Notker Wolf, Abtprimas des Benediktinerordens, in einem Interview mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Das Gespräch wurde Mitte Juli in Form einer INSM-Anzeige in Zeitungen und Magazinen verbreitet. Der Politik hielt der Abtprimas darin vor, jahrzehntelang ein falsches Verständnis von Arbeit propagiert zu haben. Arbeit sei immer mehr als Zumutung angesehen worden. Nun müsse man erkennen, dass dieser Weg falsch war: „Nichts >



INITIATIVE EXPRESS

zu tun, ist wider die Natur des Menschen“, mahnt Wolf. Und: „Wir müssen jeden Einzelnen fragen: Bist du wirklich bereit, eine Arbeit anzunehmen, auch wenn sie schlecht bezahlt ist? Willst du dir deinen Lebensunterhalt selbst verdienen oder nicht? Auch ein Sozialhilfeempfänger muss sehen, dass er seinen Lebensunterhalt bald wieder allein bestreitet.“ Auch diese Botschaft des Paters fand via Anzeige der INSM den Weg in die Öffentlichkeit.

Notker Wolf hatte zuvor bereits Schlagzeilen mit einem Buch gemacht, in dem er zu mehr Eigenverantwortung aufgerufen hatte. Titel des Buches: „Worauf warten wir? Ketzerische Gedanken zu Deutschland.“ Ein Kernsatz aus dem Buch: „Als erstes sollten wir den Staat aus der Verantwortung für unser Lebensglück entlassen.“

Das ganze Interview finden Sie hier:

http://www.insm.de/Die_INSM/Anzeigenarchiv/INSM-Anzeige_Arbeit_ist_lebensnotwendig/_Arbeit_ist_lebensnotwendig_.html

Mehr als 30 Professoren unterstützen das INSM-Pflegemanifest

Ein fröhlicher Dreikäsehoch mit frecher Sprechblase: „Wenn ich einmal groß bin, möchte ich Zahlmeister werden“ – im Juli verbreitete die INSM eine Anzeige, die sich in humorvoller Weise eines ernsten Themas annahm: der dringend notwendigen Umstellung der Pflegeversicherung auf ein kapitalgedecktes System. Die Anzeige erschien in überregionalen Tageszeitungen und transportierte ein Manifest der INSM zur Pflegeversicherung, das von mehr als 30 renommierten Professoren in Deutschland unterstützt wird – darunter Juergen B. Donges, früherer Vorsitzender der Wirtschaftsweisen,



Claus Schnabel und Bernd Raffelhüschen. Das Manifest fordert eine nachhaltig wirksame Reform und macht darauf aufmerksam, dass die bloße Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung „keine Reform“ ist. Statt Jung und Alt gleichmäßig zu belasten, werde die Finanzierung der Pflege den künftigen Generationen aufgebürdet. Zudem würden

Leistungen versprochen, „deren Finanzierung nicht gedeckt ist“: „Es droht eine Pflegelücke, weil die Differenz zwischen den notwendigen Ausgaben für die Pflege und den Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung so groß ist“, warnt das Manifest und fordert „Planungssicherheit für die Menschen, die heute für das Alter vorsorgen wollen“.

Auftritt des INSM-Botschafters:

Eberhard von Koerber bei Maybrit Illner



Berlin - Mit Bob Geldof (Ex-Boomtown-Rats, Live Aid) und anderen diskutierte Anfang Juni Eberhard von Koerber, Vizepräsident des Club of Rome und Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Maybrit Illners Talkshow Berlin-Mitte hatte dazu eingeladen. Thema des TV-Talks: Globalisierung und die Debatte rund um den G8-Gipfel in Heiligendamm.

Süddeutsche.de über den Auftritt von INSM-Botschafter Eberhard von Koerber bei Maybrit Illner:

Überaus kompetenter kam da der langjährige Industriemanager Eberhard von Koerber über den Bildschirm. In Sachen Entwicklungshilfe konstatierte er: „Es muss mehr kommen von den USA und Europa.“ Der Vertreter des Club of Rome leitet einen aus Spanien und Saudi-Arabien bestückten Milliarden-Fonds, der in Afrika zum Beispiel Kraftwerke, Raffinerien und Flughäfen baut. Der Kompromiss von Heiligendamm sei nicht genug, so Koerber, da es 20, 30 Jahre dauere, bis eine Maßnahme zum Klimaschutz wirklich greife.

Mehr über von Koerbers Positionen und Visionen zum Thema „Nachhaltigkeit“:

<http://www.insm.de/Reformpolitik/Nachhaltigkeit.html?view=60494>

Neue Webseite der INSM:

Aktueller denn je: Erhard im Internet

Ludwig Erhard hat in der Öffentlichkeit stets mit seinem Namen und seiner Person zu seinen marktwirtschaftlichen Positionen und Überzeugungen gestanden. Vielleicht würde er heute in Zeiten des Internets selbst zur Tastatur greifen, um seine Meinung öffentlich zu ➤

INITIATIVE EXPRESS

machen und persönlich zu vertreten. Er stand mit seinem Namen für die und zur Sozialen Marktwirtschaft. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) stellt Erhards Positionen nun ins Netz - mit der Website www.Ludwig-Erhard-INSM.de.



Hier finden Sie zum Beispiel Erhardsche Positionen zum Thema Soziale Sicherung, zum Thema Soziale Gerechtigkeit, zum Thema Sozialbeiträge und natürlich zur Sozialen Marktwirtschaft, die der Vater des Wirtschaftswunders Realität werden ließ. Erhard-Zitat vom 20. August 2007: „Der sozialen Fürsorge ist auch nicht damit gedient, durch immer höhere Steuerbelastungen die Produktivität zu schmälern oder auch durch fragwürdiges Finanzgebaren die Volkswirtschaft immer stärker zu verschulden. Auch diese Schulden müssen einmal zurückgezahlt werden.“

Internet: <http://www.Ludwig-Erhard-INSM.de>.

INSM-Vorschau: Bücher, Studien, Termine der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

VI. Ludwig Erhard Lecture der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft mit Professor Edmund S. Phelps:

Ein amerikanischer Nobelpreisträger über das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft



Nobelpreisträger in Berlin: Professor Edmund S. Phelps.

Berlin - Professor Edmund S. Phelps lehrt an der New Yorker Columbia Universität. Der international renommierte Ökonom erhielt im vergangenen Jahr den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft holt Phelps am 12. Oktober zu einem Vortrag nach Berlin. Bei der VI. Ludwig Erhard Lecture wird sich Professor Phelps mit der Frage auseinandersetzen, ob und wie das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft auch in

Zeiten der Globalisierung für ausreichende wirtschaftliche Dynamik sorgen kann und ob die deutsche Wirtschaftspolitik unter den

Bedingungen des Weltmarktes auch in Zukunft die Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung schaffen kann.

Nobelpreisträger Phelps prägt bereits seit den 60er Jahren die Grundforschung zur Marktwirtschaft. Er hat dabei den Begriff der ökonomischen Dynamik entwickelt, die bestimmt wird von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer Volkswirtschaft bis hin zu kulturellen Faktoren.

Die Veranstaltung beginnt um 12 Uhr und findet statt im Atrium der Deutschen Bank, Unter den Linden 13/15, Berlin. Eine persönliche Anmeldung ist für den Zutritt erforderlich.

E-Mail: anmeldung@insm.de.

INSM-Buchprojekt:

Deutschland zum Selbermachen



Titelseite des Buches Deutschland zum Selbermachen.

Im niedersächsischen Westercelle unterhalten Bürger ein stattliches Freibad in Eigenregie, das die Kommune aus Kostengründen schließen wollte; sie betreiben das Bad erfolgreich über einen Verein zu familienfreundlichen Preisen. In Marburg hilft eine Gruppe von Gartenfreunden, dass der Botanische Garten am Leben bleibt. In Mannheim sorgen Studenten ehrenamtlich dafür, dass Heimkinder weiterhin Nachhilfeunterricht bekommen und erhalten damit ein Projekt am Leben, für das die Stadt kein Geld mehr hatte. Dieses und zahlreiche andere Beispiele privater Eigeninitiative stellt das INSM-Buch „Deutschland zum Selbermachen“ vor. 22 Beispiele bürgerlichen Engagements zeigen, was Eigeninitiative bringt. Das Buch entstand in Kooperation mit Professor Sebastian Braun von der Universität Paderborn und erscheint am 8. Oktober.

„Deutschland zum Selbermachen“ hat ab sofort auch eine eigene Webadresse. Hier können Sie das Buch online vorbestellen. Ab Anfang Oktober finden Sie auf dieser Website auch mehr Inhalte online: <http://www.deutschland-zum-selbermachen.de/>



Freibad Westercelle, eines der vorgestellten Best-Practices aus dem INSM-Buch.

INITIATIVE EXPRESS

INSM-Buchprojekt:

Deutschlands wahre Superstars

Mit dem Buchprojekt „Deutschlands wahre Superstars“ wird die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) jungen Hoffnungsträgern aus der Wissenschaft ein Forum bieten. Vorgestellt werden voraussichtlich 50 junge Preisträger, die bereits viel bewegt haben. Das Buch präsentiert junge Macher

- in der Naturwissenschaft, zum Beispiel den 23-jährigen Entwickler verbesserter Brennstoffzellen,
- in sozialen Projekten, zum Beispiel eine 26-Jährige, die sich in Entwicklungsprojekten brasilianischer Favelas engagiert,
- in der Medizin, zum Beispiel einen 26-jährigen Forscher, der ein virtuelles Modell menschlicher Anatomie zur Vorbereitung minimal-invasiver Operationen entwickelt hat.

Mit dabei sind auch junge Forscher aus den Gebieten der Rechtswissenschaft, der Wirtschaftswissenschaft, der Biologie – kurz: eine spannende Mischung junger Menschen, die Deutschlands Zukunft gestalten: eben „Deutschlands wahre Superstars“.

Das Buch wird voraussichtlich im November auf den Markt kommen.

INSM sponsert Deutschen Sportpresseball für einen guten Zweck:

„Sportler mit Herz“ auf dem Deutschen Sportpresseball 2007

Auch in diesem Jahr sponsert die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den Sportpresseball am 10. November in Frankfurt.

Rund 3000 Gäste werden erwartet, darunter viele Spitzensportler und andere Prominente. Einer der Höhepunkte des Ballabends wird die Vergabe der Auszeichnung „Sportler mit Herz“ sein. Er geht an Sportler, die nicht nur durch sportliche Höchstleistungen glänzen, sondern auch besondere Fairness und soziales Engagement zeigen.

Im vergangenen Jahr wurden die Dressurreiterin Ann Kathrin Linsenhoff und Sprintlegende Edwin Moses als „Sportler mit Herz“ ausgezeichnet. Sie empfingen die Ehrung aus der Hand von Dr. Heike Maria Kunstmann, Hauptgeschäftsführerin von Gesamtmetall (auf dem Foto rechts neben Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth).



Die INSM unterstützt diese Aktion auch in diesem Jahr als Hauptsponsor, um damit Flagge zu zeigen für fairen Wettbewerb, persönliche Leistungsbereitschaft und bürgerschaftliches Engagement.

Impressum:

Initiative Express wird herausgegeben von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Konzept/Redaktion:

Carsten Seim, (0221) 4981 403; seim@insm.de

Fotos: dpa (11), Carsten Seim, INSM, Nikola

Vertrieb: Jan Loleit

Verantwortlich:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH

Geschäftsführung: Max A. Höfer, Dieter Rath

Gustav-Heinemann-Ufer 84-88

50968 Köln

Telefon: (0221) 4981 401, Fax: (0221) 4981 406

E-Mail: info@insm.de

Initiative Express - künftig elektronisch!

Liebe Leserinnen und Leser,

viele von Ihnen haben den Newsletter und andere Publikationen der INSM bisher auf dem Postweg in gedruckter Form erhalten. Um Sie künftig noch schneller und auch in höherer Frequenz als bisher mit den aktuellsten Nachrichten unseres Reformnetzwerks versorgen zu können, werden wir diesen Initiative Express auf einen elektronischen Vertriebsweg umstellen. Sie bekommen diese Publikation somit als PDF per E-Mail. Der Weg dahin ist ganz einfach! Senden Sie uns dieses Formular ausgefüllt per Fax oder per Mail.

Name

PLZ/Ort

Funktion

Telefon

Redaktion

Fax

Straße/Nr.

E-Mail

Faxkontakt 0221/49 81 406

Mailkontakt: info@insm.de

**Sie können den elektronischen Newsletter auch online bestellen. Und zwar unter dem Link:
www.insm.de/Express**

Initiative zeigen für Reformen – die INSM im Internet

www.insm.de · www.merkelmeter.de · www.vision-d.de · www.merkelrechner.de · www.insm-tagebuch.de · www.insm-regionalranking.de
www.wirtschaftundschule.de · www.wassollwerden.de

Bitte ausfüllen und unterschrieben zurück an:

**Förderverein
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.
Gustav-Heinemann-Ufer 84-88**

50968 Köln

Antrag auf Mitgliedschaft im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. als

a) natürliche Person:

(Titel), Name, Vorname

Geburtsdatum Beruf

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon Fax

E-Mail

b) juristische Person:

Anschrift der Firma (Anstalt, Körperschaft u.a.)

Vertreten durch (Titel), Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon Fax

E-Mail

Die Satzung des Fördervereins Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. habe ich zur Kenntnis genommen und erkenne sie an.

Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von _____ Euro wird überwiesen/soll abgebucht werden.

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass die personenbezogenen Daten zum Zwecke der Gewährleistung der Vereinsarbeit vom Vorstand erhoben werden.

Ort, Datum

Unterschrift

Höhe der Mitgliedsbeiträge:

Der Mitgliedsbeitrag im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. beträgt derzeit für

a) Privatpersonen/juristische Personen: 72,00 Euro pro Jahr

b) ermäßigte Privatpersonen*: 36,00 Euro pro Jahr

Es besteht die Möglichkeit, den Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. über den Mindestbeitrag hinaus zu unterstützen.

Bitte informieren Sie uns über den einzuziehenden Gesamtbetrag.

Die Mitgliedsbeiträge sind Jahresbeiträge und bis zum 31. März eines jeden Jahres an den Förderverein zu entrichten.

*Auf Antrag an den Vorstand wird für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Auszubildende, Zivildienst- und Wehrdienstleistende der Mitgliedsbeitrag ermäßigt.

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG, Köln

BLZ 370 700 60

Konto-Nr.: 666 666 3

Wir sind eine verhältnismäßig kleine Institution mit begrenzten Ressourcen. Deshalb müssen wir die Verwaltung des Fördervereins so zeitsparend wie möglich organisieren. Somit wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns gestatten, Ihren jährlichen Mitgliedsbeitrag per Bankeinzug abzubuchen.

Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich den Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. widerruflich, meinen Mitgliedsbeitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Beitrag (jährlich)

Telefon

(Titel) Name, Vorname

Fax

Geburtsdatum

E-Mail

Beruf

Geldinstitut

Straße, Hausnummer

Bankleitzahl

Postleitzahl, Ort

Konto-Nr.

Ort, Datum

Unterschrift: